https://www.n-tv.de/politik/Stiftung-kaufte-mit-Staatsgeld-Wald-von-Reichsbuerger-Chef-article23975120.html 10.3.2023

Stiftung kaufte mit Staatsgeld Wald von "Reichsbürger"-Chef

"Reichsbürger" erkennen die Bundesrepublik Deutschland nicht an. Bei einem der mutmaßlichen Rädelsführer der Szene, Heinrich XIII. Prinz Reuß, landen aber Millionen an Staatsgeldern. Schon kurz nach dessen Verhaftung gab es Hinweise auf einen ähnlichen Deal.

Die Stiftung Naturschutz Thüringen hat im Jahr 2020 rund 338 Hektar Wald von Heinrich XIII. Prinz Reuß gekauft, der ein Rädelsführer einer "Reichsbürger"-Gruppierung sein soll. Nach Stiftungsangaben wurden rund 4,06 Millionen Euro für den Wald gezahlt - rund 3 Millionen Euro kamen vom Bundes-Umweltministerium über das Förderprogramm "Wildnisfonds", außerdem habe das Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz rund 1 Million Euro beigesteuert. Thüringen habe damals sein naturschutzrechtliches Vorkaufsrecht genutzt, wie die Stiftung Naturschutz auf ihrer Homepage mitteilte. Zuvor hatte der MDR über das Geschäft berichtet. …….

Nach der Großrazzia in der "Reichsbürger"-Szene Anfang Dezember hatte der "Spiegel" berichtet, dass Heinrich XIII. Prinz Reuß ein rund 394 Hektar großes Waldgrundstück in Thüringen im Eigentum des Bundes erwerben wollte. Wie aus einem Schreiben des Finanzministeriums an die Bundestagsabgeordnete Gesine Lötzsch von den Linken hervorgeht, sollte der 71-Jährige dafür knapp eine Million Euro zahlen. Der Kaufvertrag wurde am 5. Dezember beurkundet. Zwei Tage später führten Spezialkräfte der Polizei den Käufer in Handschellen ab. Das Ministerium bemühte sich um Schadensbegrenzung. Der Kaufvertrag, so heißt es in dem Schreiben, sei "schwebend unwirksam", werde nicht genehmigt.

……..

https://pleiteticker.de/exklusiv-spd-papier-gruenes-klimagesetz-enthaelt-ermaechtigungs-paragrafen/ 12.3.2023

Exklusiv! SPD-Papier: Grünes Klimagesetz enthält „Ermächtigungs-Paragrafen"

Am 26. März wird in Berlin über den Klima-Volksentscheid abgestimmt. Sollte die Abstimmung erfolgreich sein, wird eine radikale Änderung des bisherigen Klimaschutz- und Energiewendegesetz erlassen – eine, die sogar die Berliner SPD für gefährlich hält. Pleiteticker.de liegt exklusiv ein internes SPD-Papier vor, in dem von einem „Ermächtigungs-Paragrafen" die Rede ist.

Nur etwa einen Monat nach Wiederholung der Berliner Pannen-Wahl, werden die Bürger erneut zur Wahlurne geladen: für den Klima-Volksentscheid. Die Initiatoren des von Grünen unterstützten Volksentscheides wollen mit der Abstimmung am 26. März 2023 eine Gesetzesänderung des bestehenden Klimaschutz- und Energiewendegesetz (EWG Bln) erreichen – „Klimaneutralität 2030 statt 2045". Dabei ganz entscheidend: Die Abstimmung ist im Gegensatz zu anderen Volksentscheiden, wie dem zu „Deutsche Wohnen enteignen", bindend. Das heißt, wenn der Volksentscheid erfolgreich ist, wird das Gesetz erlassen. Doch das wäre fatal, denn die angestrebte Reform des Gesetzes ist radikal – selbst die Berliner SPD hält sie für gefährlich. In einem internen Schreiben, dass Pleiteticker.de exklusiv vorliegt, spricht man in der SPD gar von einem „Ermächtigungs-Paragrafen".

„Die Demokratie wird (…) ausgehebelt."

Über sieben Seiten kommentiert das Dokument aus der SPD-Projektgruppe „Green New Deal", von dem der Landesvorstand nach unseren Informationen bereits Kenntnis hat, die geplanten Änderungen des Gesetzes – immer wieder wählten die Autoren Formulierungen wie „No-Go", „absurd" und „massiv unsozial". Richtig drastisch wird die Kritik aber erst bei Paragrafen sechs: „Im Rahmen des vorgelegten Gesetzesentwurf kommt dieser Paragraph einem

Ermächtigungsparagraphen gleich, denn die Demokratie wird in Verbindung mit §14 ausgehebelt."

Der Paragraf sechs, vor dessen undemokratischen und gefährlichen Charakter die SPD hier so ausdrücklich warnt, heißt in der aktuellen Version des Energiewendegesetz „Sofortprogramm bei Zielabweichung" – im neuen Gesetzesentwurf heißt es: „Sofortprogramm bei Nichterfüllung von Verpflichtungen". Aus Zielen sind also Pflichten geworden, wodurch man sich aus SPD-Sicht bei Nichterfüllung in den Bereich „Ordnungswidrigkeiten / Strafen" begeben würde. Und zwar, wenn die „Gesamtmenge an Kohlendioxidemissionen voraussichtlich überschritten wird". Zeichnet sich das ab, muss der Senat Sofortmaßnahmen zur Erreichung der Verpflichtungen durchführen – er hätte demnach kaum Entscheidungsspielraum und könnte wohl auch gerichtlich zur Umsetzung von radikalen Maßnahmen verpflichtet werden.

Der Klimaschutzrat – viel Macht, keine demokratische Legitimierung

Nach Paragraf 14 – der in Verbindung mit Paragrafen sechs laut SPD demokratiegefährdend ist – wird vom Berliner Senat ein Klimaschutzrat, der auf die Einhaltung der Verpflichtungen achtet und die Entwicklung von Sofortprogrammen begleitet, berufen – und zwar auf Vorschlag der für Klimaschutz zuständigen Senatsverwaltung. Die Verwaltung, die nicht aus demokratisch gewählten Zuständigen besteht, hat also die Auswahl der Mitglieder des Klimaschutzrates in der Hand. Ein Großteil der Kontrolle über Sofortmaßnahmen, die das Leben der Berliner Bürger massiv einschneiden können, liegt damit also nicht mehr in der Hand gewählter Volksvertreter, sondern bei einem vom Umweltsenat selektierten Gremium.

Es besteht die Gefahr, dass die Möglichkeit zu Sofortmaßnahmen – die laut SPD nicht demokratisch legitimiert sind – ausufernd genutzt wird. Wird der Klima-Volksentscheid erfolgreich umgesetzt, wird es für Berliner also nicht nur teuer, sondern noch viel mehr Freiheitseinschränkungen geben, als unter dem bisherigen Rot-Rot-Grünen Senat – unter

Umständen müssen die Berliner sich dann komplett von ihren Autos verabschieden.

Der Volksentscheid, der laut der Berliner SPD unsere Demokratie aushebeln kann, wird unter anderem von der Grünen Jugend, „Fridays for future", der taz, „Extinction rebellion" und der Partei Volt unterstützt. Sie alle unterstützen den Gesetzesentwurf, der den „Ermächtigungs-Paragrafen" und die folgenden Änderungen enthält:

Verpflichtung der CO2-Reduktion

Laut Paragraf 3 zu „Klimaschutzverpflichtungen" soll sich die CO2-Reduktion bis 2025 um 70 Prozent reduzieren, bis 2030 um 95 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990. Die vorherige Regelung wurde so geändert, dass die Soll-Vorschrift zu einer Verpflichtung wird und die Zeiträume dramatisch verkürzt werden.

Berlin muss Mieterhöhungen für Mieter ausgleichen – Kosten für Vermieter werden gar nicht erst erwähnt

Nach demselben Paragrafen wird festgelegt, dass wenn durch Maßnahmen die Netto-Warmmiete für Wohnraum erhöht wird – was wohl unumgänglich ist – das Land dies ausgleichen muss. Die Verpflichtung gilt bis 2050. Woher das Geld kommen soll, wird nicht erklärt.

BER als Teil des Klimabudgets

Nach Paragraf 2 über „Begriffsbestimmungen" sollen die Emissionen des Flughafens BER anteilig in das Klimabudget eingerechnet werden. Es besteht also die Gefahr, dass eine Sofortmaßnahme für die Emissionsreduktion die Verringerung der Anzahl von Flügen sein könnte.

CO2-neutrale Landesverwaltung

Nach den Paragrafen acht und neun gibt es künftig eine Verpflichtung zur umfassenden energetischen Sanierung aller öffentlichen Gebäude bis 2030. Außerdem muss die gesamte Landesverwaltung bis 2030 CO2-neutral werden, insbesondere durch Energieeffizienz, Einsparungen von

Energie und Erhöhung des Anteils von Erneuerbaren Energien. Die umfassenden, bekannten Probleme, die damit einhergehen, werden natürlich nicht aufgegriffen – dass die komplette Umstellung der Verwaltung auf CO2-Neutralität gigantische Summen verschlingen wird, ebenfalls nicht. Wo das Geld herkommen soll, bleibt mal wieder ein Geheimnis…….

https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/volksentscheid-in-berlin-us-multis-pumpen-geld-in-deutsche-klima-wahl-83165146.bild.html
12.3.2023

Volksentscheid in Berlin: US-Multis pumpen Geld in deutsche Klima-Wahl

Seit Wochen überziehen sie die Hauptstadt mit großflächigen Plakaten, werben über Broschüren und planen Großkundgebungen, u. a. vor dem Brandenburger Tor.

Mit dem Volksbegehren „Berlin klimaneutral 2030" (Abstimmung am 26. März) will die Initiative „Klimaneustart Berlin" die Hauptstadt noch in diesem Jahrzehnt klimaneutral machen – 15 Jahre früher als bisher vorgesehen. Sie setzt sich für radikale Treibhausreduzierungen und weitreichende Sanktionsmechanismen ein.

Ein Blick in das Spendenverzeichnis des Landeswahlleiters zeigt jetzt: Hinter dem basisdemokratischen Vorgang stehen auch knallharte ausländische Interessen. Über 380 000 Euro Spenden sammelten die Initiatoren allein von Stiftungen in den USA ein!

Spendenverzeichnis wirft Interessenkonflikte auf

Großspender ist z.B. die in New York ansässige Eutopia Foundation der beiden US-Investoren und Eheleute Albert Wenger und Susan Danziger.

▶️ Fakt ist: Wenger und Danziger besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft, verweisen gegenüber BILD auf ihre „tiefen Verbindungen" nach Deutschland und regelmäßige Heimatbesuche.

▶️ Fakt ist auch: Sie unterstützen das Volksbegehren nicht als Privatpersonen, sondern über ihre US-Stiftung. Wenger verdient sein Geld nach Auskunft des Volksbegehrens als Partner bei der New Yorker Wagniskapital-Firma „Union Square Ventures". Dort treibe er „vor allem den Klima-Fonds voran, über den das Unternehmen zielgerichtet in Technologien investiert, die den Klimawandel abmildern oder die Anpassung an neue Bedingungen unterstützen", heißt es weiter.

Auch die US-amerikanische Tides Foundation mit Hauptsitz in San Francisco steuerte mehr als 6000 Euro bei. In der Vergangenheit unterstützte die Tides Foundation u. a. US-Bewegungen wie „Black Lives Matter".

Wie der RBB berichtet, kamen für den Volksentscheid und das vorangegangene Volksbegehren insgesamt 1,2 Millionen Euro an Spenden zusammen. Damit habe der Volksentscheid mehr Geld zur Verfügung als die meisten Parteien zuletzt im Wahlkampf zur Berliner Wiederholungswahl, erläutert der Sender.

▶️ Satte 200 000 Euro steuerte die Haleakala-Stiftung von Photovoltaik-Unternehmer Gründer Paul Grunow bei. …..

https://telegra.ph/Bundesregierung-verheimlicht-Moderatorhonorar-von-Johannes-B-Kerner-f%C3%BCr-Verteidigungsministerium-03-12

Bundesregierung verheimlicht Moderatorhonorar von Johannes B. Kerner für Verteidigungsministerium

Nach der mehr als unangenehmen Frage der AfD, zeigt sich: Journalisten haben sich massenhaft für ihre Moderationen von der Bundesregierung bezahlen lassen. Auch der geschmeidige ZDF-Journalist Johannes B. Kerner ist darunter. Das könnte problematisch werden. …….

Die Namen der sogenannten Journalisten, die für ihre staatsabhängigen Tätigkeiten entlohnt wurden, lassen aufhorchen.

So steckt hinter „Journalist 97" die ehemalige „Tagesschau"- und heutige ProSieben-Moderatorin Linda Zervakis. Zervakis hat besonders gut verdient: Sie soll vom Kanzleramt 12.044 Euro für zwei Gespräche, die sie moderierte, erhalten haben. Auch Kollegin und ebenfalls „Tagesschau"-Moderatorin Judith Rakers hat Medienberichten zufolge mehrfach Honorare von der Bundesregierung erhalten. Mal sollen es etwas über 4.000 Euro für das Arbeitsministerium von Hubertus Heil gewesen sein, ein anderes Mal knapp 6.000 Euro für das Wirtschaftsministerium.

Hinter der Nummern 114 soll ein besonderes „Schmankerl" stecken: Der Saubermann und ZDF-Moderator Johannes B. Kerner. Er soll t-online-Informationen zufolge im September 2018 und 2019 das Musikfest der Bundeswehr moderiert haben. Bei seinem Honorar soll es sich jeweils um einen dreistelligen Eurobetrag gehandelt haben. Sein Sold bleibt noch geheim. Im Detail lassen sich die Summen nicht rekonstruieren, weil die Bundesregierung sie gesammelt ausweist.

Mit dem geschmeidigen Johannes B. Kerner nun ein weiterer prominenten Journalisten, der Aufträge aus einem Ministerium angenommen hat. An dieser Stelle sein nochmals an Kerners Inquisitionsdarbietung aus dem Jahr 2007 erinnert. Damals hatte er als Chef eines Tribunals der Selbstgerechten die ARD-Moderatorin und Tagesschausprecherin Eva Herman aus der laufenden ZDF-Sendung geworfen.

https://uncutnews.ch/video-trump-schwoert-den-tiefen-staat-in-der-letzten-schlacht-voellig-zu-vernichten/ 14.3.2023

Video: Trump schwört, den „Tiefen Staat" in „der letzten Schlacht" völlig zu vernichten

„Ich werde die nicht gewählten Bürokraten entlassen, die unser Justizsystem zu einer Waffe gemacht haben."

In seiner Rede vor einer riesigen Menschenmenge in Iowa am Montagabend versprach Präsident Trump, den „tiefen Staat völlig

auszulöschen", und bezeichnete seinen Vorstoß für eine zweite Amtszeit als „die letzte Schlacht". …..

„Ich werde die nicht gewählten Bürokraten entlassen, die unser Justizsystem zu einer Waffe gemacht haben", fuhr Trump fort und fügte hinzu: „Ich werde das Justizministerium anweisen, gegen marxistische Staatsanwaltschaften vorzugehen, um sie für ihre illegale, auf Rassen basierende Durchsetzung des Gesetzes bezahlen zu lassen."……

Während viele von Trumps Worten begeistert waren, stellten andere fest, dass wir das alles schon einmal gehört haben.

Trump: „Ich werde den Tiefen Staat vollständig auslöschen … Ich werde das Justizministerium anweisen, gegen marxistische Staatsanwaltschaften vorzugehen, um sie für ihre illegale, rassistische Durchsetzung des Gesetzes bezahlen zu lassen."

Kaputte Platte. Er hatte seine Chance

Trump ist der Kandidat, den das Establishment und seine Medien am meisten ablehnen. Er weiß jedoch, dass er nicht in der Lage ist, sie auszurotten. Die Aussage „Ich werde den DEEP STATE völlig auslöschen" ist nur Propaganda, um die Leute dazu zu bringen, für ihn zu stimmen. Er weiß, dass die Leute das gerne hören.

https://jungefreiheit.de/kultur/gesellschaft/2023/klimaschutz-luft-aus-reifen/ 13.3.2023

600 Fälle: Klima-Extremisten lassen Luft aus Reifen

BERLIN. Immer mehr Berliner Autofahrer können morgens nicht zur Arbeit oder zum Arzt fahren, weil selbsternannte „Klimaschützer" ihnen über Nacht die Luft aus den Reifen gelassen haben. Die Berliner Polizei hat seit November 2021 mehr als 600 Anzeigen von Geschädigten gezählt. Die Dunkelziffer dürfte noch weit höher liegen.

In den vergangenen Monaten hat das Delikt in der Hauptstadt stark zugenommen. Dahinter steckt, wie aus unter den Scheibenwischern

hinterlassenen Bekennerschreiben hervorgeht, die radikale Organisation „The Tyre Extinguishers". Angeblich wollen sie damit hochmotorisierte SUVs aus dem Verkehr ziehen.

Luft aus Reifen eines kleinen Audi gelassen

Doch es trifft auch Besitzer von Wagen der unteren Mittelklasse wie den Audi Q3. Dies berichtete ein Geschäftsmann aus dem bürgerlichen Berlin-Weißensee der JUNGEN FREIHEIT. …..Sein Q3, der auf der Plattform eines VW Golf konstruiert ist, verbraucht sechs Liter Diesel auf 100 Kilometer.

Die Extremisten begründen ihre Taten mit dem Klimaschutz. Sie wollten damit die Fahrzeuge aus dem Verkehr ziehen. In dem wortgleich vielfach verteilten Bekennerschreiben heißt es: „Achtung – Ihr Spritfresser ist tödlich". Das „Herumfahren in innerstädtischen Gebieten mit einem riesigen Fahrzeug hat enorme Folgen für andere".

Die Berliner Autofahrer leiden bereits seit vielen Monaten unter regelmäßigen Straßenblockaden der „Letzten Generation". Hinzu kommt eine Verkehrspolitik, die auch auf Ausfallstraßen Tempo 30 durchsetzt, Fahrspuren zugunsten von Radwegen eliminiert und fast durchgängig die grüne Welle an Ampeln abgeschafft hat. (fh)

https://test.rtde.tech/meinung/165465-sehr-geehrte-damen-und-herren/
16.3.2023

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Indianer – Habeck macht den Lübke

Robert Habeck bezeichnet sich im Amazonas als Häuptling. Mit diesem Statement entlarvt Habeck das Selbstverständnis der Grünen als neokolonial und arrogant. Das Welt- und Menschenbild der Grünen ist ewig gestrig. Das trifft auch auf ihr Bild von Russland und den Russen zu.

Der zweite deutsche Bundespräsident Heinrich Lübke war für seine skurrilen Äußerungen bekannt. So soll Lübke bei einem Staatsbesuch in

Liberia im Jahr 1962 die Anwesenden mit "Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Neger" begrüßt haben. Da es damals weder Internet noch Smartphones gab, ist die Geschichte nicht durch Video- oder Tondokumente belegt. Belegt dagegen ist, dass Robert Habeck, der sich mit Landwirtschaftsminister Cem Özdemir auf einer Reise in Südamerika befindet, sich und Özdemir als Häuptlinge bezeichnet hat.

Habeck sagte beim Besuch eines indigenen Volkes im Amazonas wörtlich:

"Ich bin Robert, das ist Cem und wir sind Minister in der deutschen Regierung – das ist etwas wie euer Häuptling, aber in einem anderen Land."

Habecks Anliegen ist es, den Regenwald zu retten. Er fragt deshalb bei den umstehenden Indianern, wie man das machen könnte, denn Augenhöhe ist ein Grundprinzip feministischer Außenpolitik, wie sie die Grünen der Bundesrepublik verordnet haben.

Wie kann man den Regenwald schützen und gleichzeitig darin leben, möchte Habeck vor Ort in Erfahrung bringen und wendet sich als deutscher Häuptling väterlich an die Eingeborenen. In Deutschland hätte man das nicht geschafft, fügt Habeck Bescheidenheit heuchelnd hinzu. Da sei der Wald praktisch weg, behauptet er faktenwidrig, denn in Deutschland sind knapp 30 Prozent der Landesfläche bewaldet.

Es ist ein unangenehmer, peinlicher Auftritt, der den unangenehmen und peinlichen Auftritten der deutschen Außenministerin in nichts nachsteht.

……Verstärkt wird der Eindruck der Ignoranz noch dadurch, dass Deutschland Kolumbien jetzt mit deutschem Wissen und Know-how beim Kohleausstieg unterstützen möchte. Ein echter Schenkelklopfer. Kolumbien lebt unter anderem vom Kohlebergbau. Deutschland möchte dem Land nun helfen, davon unabhängig zu werden. Da ist der Misserfolg vorprogrammiert. …..